



Dr. Fabian van Essen (von links), Birgit Hampf-Höning, Karl-Heinz Adams, Thomas Fey und Matthias Kremp präsentieren die Forderungen der Workshop-Teilnehmer an eine gerechtere Bildungspolitik.

Foto: Pasquale D'Angiolillo

BILDUNGSPOLITIK | AK-Thema Armut als Bildungsrisiko

Schulen und Kitas brauchen **mehr Geld**, mehr Personal und Förderung

■ Von AK-Redakteurin Dörte Grabbert

Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel, um aus dem generationsübergreifenden Teufelskreis der Armut auszubrechen. Aber wer arm ist, hat es extrem schwer, diese zumindest formale Chance zu nutzen. Die Zahl der Kinder, die als armutsgefährdet gelten, hat sich erneut erhöht. Mehr als jedes fünfte Kind im Saarland wächst in Familien mit relativer Einkommensarmut auf. Doch was ist zu tun, damit Armut kein Bildungsrisiko mehr ist? Unsere Bildungseinrichtungen brauchen einen „Sozialindex“, fasst Roman Lutz, Referatsleiter Aus- und Weiterbildung, die Forderungen der Arbeitskammer zusammen. „Kitas und Schulen in sozialen Brennpunkten brauchen mehr Geld, mehr Personal und andere Förderangebote“, betont er. Was bedeutet das konkret? Um Antworten darauf zu finden, hatte die Arbeitskammer des Saarlandes Mitte September gemeinsam mit dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM), der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), dem Verband Sonderpädagogik (VdS), der Landeselterninitia-

„Wir müssen die Familien mit einbeziehen. Ohne die geht es nicht.“
Matthias Kremp, Referent für Allgemeine Pädagogik und Frühkindliche Bildung der Arbeitskammer des Saarlandes

ative für Bildung, dem Verein miteinander Leben Lernen (MLL) und dem Institut für Lehrerfort- und Weiterbildung (ILF) zu einer Fachtagung von Pädagogen und Wissenschaftlern in die Arbeitskammer geladen. Unter dem Motto „Bildungsrisiko Armut – Was tut Not?“ erarbeiteten die Teilnehmer einen Forderungskatalog, mit dessen Hilfe Bildung gerechter gestaltet werden soll. Eine zentrale Forderung der Teilnehmer: Fördermaßnahmen müssen weg von kurzfristigen Projekten hin zu Langzeitprogrammen. „Viele Förderungsprogramme laufen nur als Projekte über drei Jahre. Wenn man das Glück hat, gibt es noch ein Folgeprojekt. So werden Vertrauensverhältnisse zu den Familien immer wieder zerstört. Dabei müssen wir die Familien einbeziehen. Ohne die geht es nicht“, schildert Matthias Kremp, Referent für Allgemeine Pädagogik und Frühkindliche Bildung der Arbeitskammer, die Herausforderung. Das ist ein entscheidender Punkt, den auch Bildungsforscher Dr. Fabian van Essen von der Hochschule für Gesundheit in Bochum in seinem Impulsvortrag betonte. Bildungs-

und Teilhabepaket erteilte er eine Absage. Die Programme sind zu kompliziert oder werden nicht genutzt. „Wir müssen versuchen, Eltern in ihrer Lebenswelt zu erreichen, wenn wir wollen, dass sich auch die Eltern für Bildung interessieren und begeistern, die schlechte Bildungserfahrungen gemacht haben. Es muss besser gelingen, tragfähige Beziehungen zu diesen Eltern aufzubauen. Dafür ist es wichtig, anders mit den Eltern zusammenzuarbeiten.“ Eine weitere wichtige Forderung der Pädagogen und Wissenschaftler: Die gebundene Ganztagschule muss weiter ausgebaut werden. Noch besser wäre eine Schule von Klasse eins bis zehn, denn vor allem der Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule sei für benachteiligte Kinder problematisch. Und ganz klar: „Schule braucht mehr Zeit, um auf Kinder einzugehen. Also mehr personelle Ressourcen“, sagt Birgit Hampf-Höning vom ILF. Das Land müsse außerdem mehr Geld in die Hand nehmen, damit es unter anderem kostenloses Essen im Ganztagsbereich und eine echte Lernmittelfreiheit, nicht nur für Bücher, sondern auch für Schulmaterial, gibt.